

Niederschrift der 15. Ratssitzung vom 10.12.2015

Ort: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33

Tag: 10.12.2015

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann und 24 Stadträte

Herr Holger Scholz CDU
Frau Regina Stahlhacke CDU
Herr Reinhard Windolph CDU

Frau Daniela Hahn DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.
Frau Eva-Maria Kotzur DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.
Herr Günter Prause DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche B.I.S. / FBM
Herr Raik Polster B.I.S. / FBM
Herr André Reick B.I.S. / FBM

Herr Bert Mrozik BOS
Frau Monika Rauhut BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Frau Christine Block SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies SPD / DIE GRÜNEN
Frau Antje Rödiger SPD / DIE GRÜNEN

Herr Harald Oster FDP
Herr Udo Schwarz FDP

Herr Harald Koch fraktionslos

entschuldigt fehlten: Herr Udo Lucas CDU
Frau Regine Römmisch CDU
Herr Volker Schachtel CDU
Herr Andreas Skrypek CDU
Frau Karoline Spröte DIE LINKE.
Frau Gesine Liesong B.I.S. / FBM
Herr Siegmund Hecker BOS
Herr Volker Kinne BOS
Herr Helmut Schmidt BOS

verspätet erschienen:	Herr André Schröder	CDU	18:13 Uhr
	Herr Thomas Klaube	CDU	18:20 Uhr
	Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.	18:36 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM	19:32 Uhr
	Herr André Reick	B.I.S. / FBM	19:32 Uhr
	Herr Günter Prause	DIE LINKE.	19:32 Uhr
	Herr Harald Oster	FDP	19:32 Uhr
	Herr Udo Schwarz	FDP	19:32 Uhr
	Herr André Schröder	CDU	21:02 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Peter Dietrich		
	Herr Ralph Kujawski		
	Frau Ulrike Lange		
	Herr Karl-Heinz Mehmel		
	Herr Helmut Qual		
	Frau Ilona Poschmann		
	Frau Iris Reiche		
Herr Ringo Siebert			
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
	Frau Brigitte Franke	Referentin Wirtschaftsförderung	
	Frau Karin Schiller	Ratsbüro	
	Frau Simone Jung	Ratsbüro	
Tagungsleitung:	Herr Arndt Kemesies	1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 11. Ratssitzung vom 09.07.2015
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 14. Ratssitzung vom 12.11.2015
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Erörterung der Kalkulation der Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen**
- 7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Betrauungsakt für die Standortmarketinggesellschaft Mansfeld-Südharz GmbH - 2. Lesung und Beschlussfassung
 - 7.2 Betrauungsakt für die Rosenstadt Sangerhausen GmbH
 - 7.3 Beschluss zum Einzelkonzept Europa-Rosarium Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2015 - 2019 - 2. Lesung und Beschlussfassung

- 7.4 Beschluss zum Einzelkonzept für Kindertageseinrichtungen der Stadt Sangerhausen zur Haushaltskonsolidierung für die Haushaltsjahre 2015-2019 - 2. Lesung
- 7.5 Beschluss zum Einzelkonzept für Sportstätten der Stadt Sangerhausen zur Haushaltskonsolidierung für die Haushaltsjahre 2015-2019 - 2. Lesung
- 7.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 10.000,00 € für die Stadtsanierung
- 7.7 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlegung von Beiträgen der Unterhaltungsverbände "Helme" und "Wipper-Weida"

8. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

- 8.1 Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Sangerhausen

9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

- 9.1 Verkauf von Grundstücken im B-Plan 36 "Erweiterung Wasserschluft" zur Ansiedlung der Mifa
- 9.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

- **Weihnachtsprogramm des Schulchores der Grundschule Südwest unter der Leitung von Frau Jäsche**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der 1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Arndt Kemesies eröffnet die 15. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 24 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 8.1 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 9. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt vor,

den **TOP 7.3 Beschluss zum Einzelkonzept Europa-Rosarium Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2015 - 2019 - 2. Lesung und Beschlussfassung**

von der Tagesordnung abzusetzen,

den **TOP 6. Erörterung der Kalkulation der Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen**

ca. 18:00 Uhr und

den **TOP 9.1 Verkauf von Grundstücken im B-Plan 36 "Erweiterung Wasserschluft" zur Ansiedlung der Mifa**

ca. 19:00 Uhr zu behandeln.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Kemesies und Herr Poschmann gratulieren Frau Daniela Hahn im Namen der Stadträte nachträglich zu ihrem Geburtstag.

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 11. Ratssitzung vom 09.07.2015

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 24
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift der 14. Ratssitzung vom 12.11.2015

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 23
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 11.12.2015 zugeschickt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Anfragen des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel hat Anfragen, den Punkt zum Sachsen-Anhalt-Tag betreffend. Dort ging es um eine veröffentlichte Allgemeinverfügung. Er fragt, ob in Bezug auf den Sachsen-Anhalt-Tag, die kommunale Selbstverwaltung aufgehoben ist. Können mit einer Allgemeinverfügung die Standgebühren festgelegt und die Marktordnung geändert werden, ohne dass der Stadtrat darüber Bescheid weiß und ohne dass darüber beraten wurde, ob möglicherweise diese Standgebühren für die innerstädtischen Gewerbetreibenden akzeptabel bzw. zu rechtfertigen sind? Legt das wirklich einfach das Land fest? Will sich das der Stadtrat so gefallen lassen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass dies eine Entscheidung der Verwaltung ist. In den anderen Ausrichterstädten wurde das immer so gehandhabt. Die Verfügung tritt nur für das Wochenende in Kraft. Aus seiner Sicht, ist es eine Entscheidung der Verwaltung.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel stellt fest, dass bereits der Termin der Veröffentlichung feststeht. Er akzeptiert nicht, dass die Verwaltung über die Stadträte hinweg, entscheidet. Bei einer solchen wichtigen Entscheidung muss der Stadtrat zumindest darüber informiert werden, um letzten Endes darüber reden zu können.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann nimmt das zur Kenntnis und weist darauf hin, dass die Verwaltung unter Zeitdruck gerät. Morgen wird die Verfügung erst einmal auf der Internetseite veröffentlicht. Bis zur Veröffentlichung in den Sangerhäuser Nachrichten, wird es noch Gelegenheit geben, darüber zu reden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Windolph, CDU-Fraktion

Herr Windolph stellt richtig, dass es Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises ist. Die Verfügung des Oberbürgermeisters ist somit grundsätzlich rechtens und gilt für die Veranstaltungstage. Die Befugnis zum Erlass liegt bei der Verwaltung und dem Oberbürgermeister.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann betont, dass er dieses Recht nur gebrauchen möchte, solange es der Stadtrat akzeptiert. Er nimmt die Kritik an und wird die Allgemeinverfügung zur Beratung einbringen.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

7.1 Betrauungsakt für die Standortmarketinggesellschaft Mansfeld-Südharz GmbH - 2. Lesung und Beschlussfassung

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Beschlusstext:

- 1. Der Stadtrat beschließt den in der Anlage beigefügten Betrauungsakt für die Standortmarketing Mansfeld-Südharz GmbH.*
- 2. Der Oberbürgermeister als Gesellschaftsvertreter der Stadt Sangerhausen wird ermächtigt, die notwendigen Erklärungen für die Stadt Sangerhausen abzugeben sowie eventuelle redaktionelle Änderungen im Ergebnis der Abstimmungen mit den weiteren Gesellschaftern der SMG sowie den beteiligten Behörden vorzunehmen.*
- 3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Betrauungsakt künftig im Rahmen der Rechtsentwicklung den Erfordernissen anzupassen.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	18
Nein-Stimmen	=	6
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-15/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7.2 Betrauungsakt für die Rosenstadt Sangerhausen GmbH

Begründung: Herr Poschmann

17:06 Uhr
Herr Oster geht = 24

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Antrag, den Betrauungsakt auf 5 Jahre festzulegen, wurde mit 8 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

1. *Der Stadtrat beschließt den in der Anlage beigefügten Betrauungsakt für die Rosenstadt Sangerhausen GmbH mit einer Laufzeit von 9 Jahren.*
2. *Die Verwaltung wird ermächtigt, den Betrauungsakt künftig im Rahmen der Rechtsentwicklung den Erfordernissen anzupassen.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-15/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7.3 Beschluss zum Einzelkonzept Europa-Rosarium Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2015 - 2019 - 2. Lesung und Beschlussfassung

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

17:09 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Frank Mehlhase, Sangerhausen, Gonnaufer 22

Herr Mehlhase hat eine Frage zur Lage der Mifa bzw. zum Verkauf der Grundstücke an der Wasserschluft. Ihn interessiert, ob das bereits genehmigt wurde.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass der Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil auf der Tagesordnung steht. Er kann das Ergebnis nicht vorwegnehmen. Gemäß der Hauptsatzung können Angelegenheiten der Tagesordnung, nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein.

17:11 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

17:12 Uhr
Herr Oster kommt = 25

7.4 Beschluss zum Einzelkonzept für Kindertageseinrichtungen der Stadt Sangerhausen zur Haushaltskonsolidierung für die Haushaltsjahre 2015-2019 - 2. Lesung

Zur Vorlage wurde heute eine zusätzliche Anlage verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 11.12.2015 zugeschickt.

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Dem Antrag, die effektiven Gebühren um 5 Prozent zu erhöhen, wurde mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadtrat Herr Oster, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss beantragte die Änderung, die Punkte 5 und 6 zu streichen und den Punkt 5 folgendermaßen neu zu formulieren. "Aufgrund der zu erwartenden Kostensteigerung und eines weiterhin anstehenden Investitionsstaus ist kein signifikanter Konsolidierungsansatz zu erkennen." Diesem Änderungsantrag wurde mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend wurde dem Gesamtkonzept, einschließlich der Änderung, mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

"Das ist gleichzeitig ein Antrag des Schul- und Sozialausschusses an den Stadtrat."

5 Ortschaftsräte stimmten zu. (Breitenbach, Großleinungen, Grillenberg, Morungen, Wippra)

Der **OR Riestedt stimmte unter der Maßgabe zu**, die Punkte 5 und 6 zu streichen.

6 Ortschaftsräte lehnten ab. (Gonna, Horla, Lengefeld, Obersdorf, Oberröblingen, Wolfsberg)

Der Ortschaftsrat Rotha enthielt sich einstimmig.

In Wettelrode gab es keine Abstimmung.

Herr Koch geht zum wiederholten Mal darauf ein, dass man sich vor Augen führen muss, wie die Verfügung der Kommunalaufsicht, auch konkret zu diesem Einzelkonzept, einzuordnen ist. Bei der Klausur des Finanzausschusses des Kreistages wurde diesbezüglich nachgefragt. Herr Grünewald hat bestätigt, dass die Kommunalaufsicht keine einzelnen Beträge festlegen kann. Die Zahlen in den Vorlagen sind also keine zwingende Vorgabe. Deshalb kann er dem Antrag des Schul- und Sozialausschusses zustimmen. Ohne die Punkte 5 und 6 wird durch den effizienteren Umgang mit den Einrichtungen, Konsolidierungsmasse erreicht, auch wenn diese geringer ausfällt. Der Verpflichtung der Kommunalaufsicht wird nachgekommen. Wenn es um Gebührenkalkulation geht, kann kein Automatismus in der Entwicklung der Gebühren eingearbeitet werden, sondern das muss ein ständiger Prozess in den zuständigen Gremien sein. Der Gebührenfestlegung liegt eine Kalkulation zu Grunde. Woher will man wissen, wie sich in 2 Jahren die Kosten entwickeln und wie man die 5 Prozent verteilen will? Hier wird über Beträge geredet, die für viele Haushalte sehr schmerzhaft sind, vor allem im Kontext mit anderen Gebührenerhöhungen. Deshalb lehnt er die ursprüngliche Vorlage ab und folgt dem Antrag aus dem Schul- und Sozialausschuss.

Herr Michael erklärt, dass eine rechnerische Größe vorliegen muss, damit man im Konsolidierungskonzept Zahlen darstellen kann. Er weist darauf hin, dass jede Änderung in jedem Jahr, erneut in einer Satzungsänderung vorgestellt werden muss. Mit der Kalkulation hat das hier nichts zu tun.

Herr Koch hat schon bei Diskussionen über andere Einzelkonzepte gehört, dass es hierbei nicht um verbindliche Festlegungen geht, sondern dass letzten Endes immer ein entsprechender Beschluss gefasst werden muss. Er ist sich aber sicher, wenn hier in einem Einzelkonzept verbindlich 5 Prozent beschlossen werden, dann ist die Stadt auch daran gebunden.

Herr Scholz informiert, dass sowohl im Schul- und Sozialausschuss, als auch im Finanzausschuss, ausgiebig darüber beraten wurde, um eine Lösung zu finden. Er greift Herrn Hüttels Vorschlag aus dem Finanzausschuss auf und stellt noch einmal folgenden Antrag. 1.) Der Punkt 5 wird ersetzt, mit der neuen Anlage, die heute verteilt wurde. Dabei geht es um die Erhöhung der Kostenbeiträge um 5 Prozent zum Vorjahr. 2.) Im Punkt 6 sind die Zahlen entsprechend anzupassen und in der 5-prozentigen Erhöhung sind die zu erwartenden Tarifierhöhungen inbegriffen. Das sind planbare Größen. Die Bürger erhalten dadurch eine Planungssicherheit.

Herr Michael begründet, dass die Festlegung der 5 prozentigen Erhöhung, ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung ist, den Satzungsvorschlag entsprechend einzubringen.

Herr Hüttel unterstützt den Vorschlag des Schul- und Sozialausschusses, die Punkte 5 und 6 zu streichen. In seinem Bericht hat der Oberbürgermeister die Schuldigen an der Misere benannt, nämlich Bund und Land. Diese sparen sich über die Kommunen gesund. Es kann nicht sein, dass jetzt die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Eltern zur Kasse gebeten werden. In allen Kommunen gibt es eine sehr aufgeheizte soziale Situation. Es kann nicht unser Ziel sein, dass immer mehr besorgte Bürger durch die Stadt marschieren. Hier sollten keine Festlegungen getroffen werden. Im letzten Stadtrat wurde sich darauf verständigt, endlich aufzuhören, zu lügen. Natürlich ist es kein Beschluss. Aber wenn diese Zahlen herausgegeben werden, sind sie in gewisser Weise doch eine Festlegung.

Herr Windolph verweist auf den Oberbürgermeisterbericht und insbesondere auf die dramatische finanzielle Situation der Stadt. Um handlungsfähig zu bleiben, sollte entsprechend gehandelt werden. An der Stelle ist es erforderlich, darüber nachzudenken. Seit anderthalb Jahren wird an vielen Stellen blockiert, ob das Friedhofsgebühren, Zweitwohnungssteuer oder anderes ist. Wer an diesen sensiblen Stellen nicht konsolidieren will, muss natürlich an anderen Stellen einsparen bzw. Mehreinnahmen erreichen. Hierbei sollte der Stadtrat konstruktiv sein. Zwischen erster und zweiter Lesung kamen keine Vorschläge. Ohne die Punkte 5 und 6 handelt es sich bei diesem Einzelkonzept lediglich um eine Zustandsbeschreibung. An dieser Stelle müssen Zielvorgaben für die Verwaltung gemacht werden.

Herr Poschmann weist auf die prekäre Situation hin, in die die Verwaltung gebracht wird. Die Stadt bekommt das Liquiditätsvolumen nicht erhöht und erhält keine Zuweisungen mehr. Überall, wo es nur irgendmöglich erscheint, müssen Konsolidierungsbeiträge erbracht werden. Die Feststellung von Herrn Scholz, dass die Bürger eine gewisse Planungssicherheit bekommen, ist richtig. Er erinnert daran, dass der Stadtelternrat bei der Diskussion um die Gebühren deutlich über dem lag, was der Stadtrat mit dem 10-Euro-Modell beschlossen hat. Es macht keinen Sinn, dass er gegen die ablehnenden Beschlüsse in Widerspruch geht. Die Kommunalaufsicht wird auch den Beschluss wegen der kommunalen Selbstverwaltung nicht ersetzen. Wenn der Bogen aber überspannt wird, droht die Fremdverwaltung. Die Stadt bewegt sich gezielt darauf zu. Das kann er nicht verantworten. Es ärgert ihn, dass im Moment im Land zum Thema, über Obergrenzen (ca. 190 Euro) diskutiert wird. Bisher waren 50 Prozent der Selbstbeteiligung angemessen. Gegenüber den Kommunen, die über dem Satz liegen, ist das nicht fair. Mit den Schritten, die hier festgelegt werden, bewegt sich die Stadt in eine Richtung, die diese Grenze noch nicht berührt. Er plädiert für den Änderungsantrag mit der 5-prozentigen Erhöhung.

Herr Oster bedankt sich beim Oberbürgermeister für dessen Ehrlichkeit. Dadurch, dass sich das Land Gedanken über Obergrenzen macht, wird ja der Stadtrat letzten Endes in seiner Haltung bestärkt. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass das Land dazu beigetragen

hat, dass die Kosten in den Kindereinrichtungen explodiert sind. Wenn vom Land Vorgaben gemacht werden, dann muss auch die Finanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Peche gibt zu bedenken, dass Deutschland ein reiches Land ist. Allein in diesem Jahr wurden 9 Mrd. Euro Überschuss erzielt und hier wird über Obergrenzen und Erhöhungen diskutiert. Die Bürger stoßen an ihre Grenzen in Bezug auf die ständig steigenden Beiträge und Gebühren in sehr vielen Bereichen. Die Konsolidierungskonzepte sind "Märchenbücher". Wenn es so weitergeht, wird die Stadt in 2 oder 3 Jahren ein Kassenkredit haben, der an die 50 Mio. Euro heranreicht. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen wird immer geringer. Dagegen sollten die Räte vorgehen, sich einig sein und nicht den Bürgern immer mehr Lasten aufbürden. Über 100 Menschen sind am Wochenende durch die Stadt gezogen und den Nazis hinterhergelaufen. Bürger, von denen man das nicht gedacht hätte. Wenn die Politik so weitergeführt wird, werden es immer mehr. Das sollte allen bewusst sein. Es gibt keine Möglichkeiten mehr, mit stillem Gehorsam, hier weitere Kürzungen und Einsparungen auf Kosten der Bürger vorzunehmen. Auf Grund der fehlenden finanziellen Ausstattung durch Bund und Land, kann seine Fraktion die Politik nicht mehr mittragen. Das ist nicht kontraproduktiv, sondern im Interesse der Bürger.

Frau Rauhut stimmt ihrem Vorredner zu. Die Frage ist, wer darauf hört, dass die Kommunen am Ende sind. Sie fragt, was man tun kann und muss, um noch besser darauf aufmerksam zu machen. "Sollen wir auch auf die Straße gehen und demonstrieren, weil die Kommunen mit dem Geld, das ihnen zur Verfügung steht, nicht mehr auskommen? Wenn die Vorlage hier nicht beschlossen wird, interessiert das keinen."

Herr Hüttel bestätigt die Ausführungen seiner Vorrednerin. Fast jeder Stadtrat hier ist der gleichen Auffassung. Wenn sich die Kommunen/ Räte nicht wehren, geben sie alles auf, wofür sie als Vertreter der Bürger gewählt wurden. Er ist froh darüber, dass in diesem Stadtrat darüber diskutiert wird. Es geht so nicht mehr weiter. Vor Jahren hatte der Oberbürgermeister den Vorschlag gemacht, in den Städten abends die Lichter auszuschalten. Es muss endlich etwas unternommen und ernsthaft ein Zeichen gesetzt werden.

Herr Koch berichtet von einem Interview mit Herrn von Weizsäcker. Der sagte damals: "Wenn sich Parteien und Menschen, die in der Politik sind, nur an dem Machbaren orientieren, dann sind sie fehl am Platz." Davon lebt Demokratie. Es muss ein Signal gesetzt werden und damit darf die Stadt nicht allein bleiben.

Herr Michael spricht für die geänderte Vorlage. Wenn diesem Konzept heute zugestimmt wird und die Verwaltung im Januar eine Vorlage zur Kostenbeitragssatzungsänderung einbringt, dann sind die 187 Euro immer noch ein einem Bereich, der an der Untergrenze aller vergleichbaren Kommunen liegt. Das ist nicht falsch, auch im Hinblick auf die laufende Finanzierung der Kindertageseinrichtungen.

Herr Polster befürwortet die intensive Diskussion in Richtung Einnahmenerzielung. Nicht gut findet er, dass Ausgaben (z.B. Gutachten, Konzepte usw.) ohne Diskussion sozusagen "durchgewunken" werden. Es muss wirklich versucht werden, die Ausgaben genau unter die Lupe zu nehmen und zu reduzieren. Die Konsolidierung darf nicht auf Kosten der Bürger erfolgen.

Frau Kümmel verliest die neueste Meldung des MDR mit der Schlagzeile: "Herr Stahlknecht äußert sich zum Erlass der Kita-Gebühr." Ihres Erachtens ist damit die Vorlage vom Tisch. "Der Streit um die Höhe der Kita-Gebühren im Land scheint vorerst entschärft. CDU-Innenminister Stahlknecht will noch heute einen Erlass herausgeben. Er sagte dem MDR-Sachsen-Anhalt: 'Kita-Gebühren dürften nicht erhöht werden, um kommunale Haushalte zu konsolidieren. Kinderbetreuung sei eine soziale Aufgabe'..."

Herr Koch stellt fest, dass das ein Beweis dafür ist, dass sich Widerstand lohnt. Im Wahlkampf lenken Leute ein, die den Räten unterstellen, dass sie Totalblockade betreiben. Das ist gelebte Demokratie.

Abstimmung über den Antrag, die Streichung der Punkte 5 und 6 des Einzelkonzeptes vorzunehmen und den Punkt 5 folgendermaßen neu zu formulieren. "Aufgrund der zu erwartenden Kostensteigerung und eines weiterhin anstehenden Investitionsstaus ist kein signifikanter Konsolidierungsansatz zu erkennen." (Schul- und Sozialausschuss)

Ja-Stimmen = 15
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 3

Herr Kemesies stellt fest, dass der Antrag mehrheitlich angenommen ist und eine Abstimmung über den Antrag des Herrn Scholz somit hinfällig ist.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt das in der Anlage beschriebene Einzelkonzept für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2015 - 2019. Die Ergebnisse sind in das Haushaltskonsolidierungskonzept einzuarbeiten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 18
Nein-Stimmen = 6
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-15/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

Pause von 17:50 Uhr bis 18:05 Uhr

6. Erörterung der Kalkulation der Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen

- **Präsentation: Dipl. Kaufmann Herr Roller** - Kommunal- und Unternehmensberatung Berlin -

18:13 Uhr
Herr Schröder kommt = 26

18:20 Uhr
Herr Klaube kommt = 27

Herr Hüttel weist darauf hin, dass es bisher immer hieß, dass durch die Minderausgaben (Ausschreibungen) in der Kalkulation, im 3-Jahres-Zeitraum abgerechnet werden muss. Herr Roller hatte gerade erklärt, dass es deshalb gemacht wurde, um die ausstehenden Investitionen zu refinanzieren. Er möchte wissen, ob folgende Aussage zutrifft. Wenn durch die Ausschreibungen signifikante Einsparungen erzielt werden, können diese nicht auf die laufenden 3 Jahre übernommen werden.

Herr Roller erklärt, dass die "Baustellen" abgearbeitet werden müssen. Dafür fehlten bisher die Mittel. Andererseits ist angedacht, eine Stelle für einen Friedhofsgärtner zu schaffen. Das sind die Argumente.

Herr Hüttel ist mit der Antwort nicht zufrieden und fragt noch einmal, ob es gesetzlich möglich ist, von dem 3-Jahres-Zeitraum abzuweichen, wenn in den nächsten 3 Jahren die Ausgaben reduziert werden.

Herr Roller antwortet, dass theoretisch, jedes Jahr neu kalkuliert werden kann.

Herr Michael bestätigt, dass wohl darüber diskutiert wurde (Baumschnitt, Grasmahd), dass bei Änderungen neu kalkuliert werden muss.

Herr Windolph stellt klar, dass gemäß KAG alle 3 Jahre neu kalkuliert werden muss.

18:36 Uhr
Herr Kotzur kommt = 28

Herr Hüttel spricht das Problem an, dass die Zahl in der Haushaltsstelle 'Friedhöfe' von den Kosten abgewichen ist, die umgelegt wurden. D.h. im Endeffekt, dass in der Doppik die Haushaltsstelle 'Friedhöfe' alle Kosten beinhalten müsste. Er selbst hat die Effektivkosten zu den Kosten, die umgelegt wurden, umgerechnet. Das ergab einen Kostendeckungsgrad von 117 Prozent. Hier müssten die Minderausgaben für die Vergaben noch herausgerechnet werden. In seinem 1. Vortrag hatte Herr Roller erklärlich aufgeschlüsselt, was es dem Bürger effektiv kostet. Das fehlte heute im Vortrag. Dem Bürger müssen die Erhöhungen vermittelt werden.

Herr Kemesies stellt eine Frage zur Verwaltungsgebühr. Die Höhe von 40 Euro ist für eine jährlich wiederkehrende Gebühr nicht zu rechtfertigen.

Herr Roller schlägt vor, die Bewirtschaftungsgebühr gleich für 5 Jahre zu erheben.

Herr Kemesies entgegnet, dass dieser Vorschlag auch aus den Reihen der Räte kam, dieser aber seitens der Verwaltung abgelehnt wurde. Solange das nicht geändert wird, kann er nicht zustimmen.

Herr Kotzur bestätigt, dass die Diskussion darüber schon lange geführt wird. Er fragt, ob es nicht möglich ist, wie bei der Grundsteuer, dass ein Bescheid erteilt wird und wenn es keine Änderungen gibt, immer derselbe Betrag abgebucht wird.

Herr Roller erklärt, dass eine Verwaltungsgebühr auf Grund eines Verwaltungsaktes anfällt. D.h. es wird ein Bescheid erstellt. Wenn der Bürger immer nur für ein Jahr bezahlen möchte, erhält er auch in jedem Jahr einen neuen Bescheid.

Herr Koch ist auch nach wie vor der Auffassung, dass diese Gebühr von 40 Euro zu hoch ist. In Hinblick auf die Vermögenslage weist er darauf hin, dass der Landkreis Mansfeld-Südharz mit der Stadt Sangerhausen, der Kreis mit der höchsten Arbeitslosigkeit ist. Hier wird bestimmt nicht viel vererbt.

Herr Kemesies bittet als 1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates mit Verweis auf den Zeitplan, darum, die Diskussion zu beenden.

Herr Hüttel hat noch eine Frage zur Gebührenfestsetzung. Es wurde oftmals gesagt, wenn ein Teil einer bestimmten Gebühr geändert wird, dann wäre möglicherweise die Satzung angreifbar. Jetzt hat die Verwaltung selbst Änderungen dieser Kalkulation vorgegeben, (z.B. große Gräber werden mehr subventioniert als kleine). Er möchte wissen, ob das rein rechtlich

möglich ist und ob man auch andere Gebührentatbestände subventionieren kann, ohne dass die gesamte Kalkulation angreifbar ist.

Herr Roller informiert, dass es grundsätzlich so ist, dass kostendeckend kalkuliert wird und dass eine Kalkulation immer mit Maximalgebühren endet. Der 2. Teil ist der Beschluss und die daraus resultierende Satzung. Diese sollte das Haushaltsrecht berücksichtigen. Öffentliches Interesse muss nachgewiesen werden. Eine Besonderheit im Friedhofsbereich ist die, dass es keinen Anschluss- und Benutzungszwang gibt. D.h. bei der Festsetzung der Gebühren sollte man sich an den Nachbargemeinden orientieren.

Herr Kemesies bedankt sich bei Herrn Roller für dessen Ausführungen.

Nicht alle Wortmeldungen, Anfragen und Antworten können protokolliert werden, da das Mikrofon nicht genutzt wurde und manche Beiträge akustisch nicht zu verstehen sind.

Herr Kemesies beendet die öffentliche Sitzung.

Pause von 18:50 Uhr bis 19:04 Uhr

9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

- **Präsentation: Herr von Nathusius** - Mifa-Bike-Gesellschaft mbH -

Pause von 19:30 Uhr bis 19:43 Uhr

19:32 Uhr
Herr Prause, Herr Polster,
Herr Schwarz, Herr Oster,
Herr Reick und
Herr Klaube gehen = 22

9.1 Verkauf von Grundstücken im B-Plan 36 "Erweiterung Wasserschluff" zur Ansiedlung der Mifa

20:10 Uhr
Herr Klaube kommt = 23

9.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Kemesies stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass der Beschluss mit der Nummer 4-15/15 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst wurde.

7.5 Beschluss zum Einzelkonzept für Sportstätten der Stadt Sangerhausen zur Haushaltskonsolidierung für die Haushaltsjahre 2015-2019 - 2. Lesung

Herr Poschmann zieht die Beschlussvorlage zurück. Vorerst muss die Frage geklärt werden, ob es opportun ist, Gebühren für die Benutzung von Sportstätten zur Haushaltskonsolidierung, zu erheben. Vor Jahren hat er auch gesagt, dass er eine Schulschließung hier nicht mehr vorschlagen will.

7.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 10.000,00 € für die Stadtsanierung

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Herr Kotzur wird der Vorlage zustimmen, gibt aber folgendes zu bedenken. Jeder kennt den Zustand des Spielplatzes an der Walkmühle. Er erwartet von der Verwaltung, dass in der nächsten Ratssitzung ein Konzept vorgelegt wird, das aussagt, wie es mit den Spielplätzen an der Walkmühle und in den Ortschaften weitergeht.

Herr Poschmann bittet um Verschiebung in den März oder April. Bis zur nächsten Ratssitzung, deren Vorlagen bereits in der 1. Januarwoche versandt werden, ist das nicht zu schaffen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in manchen Fällen (z.B. in Gonna), mit kleinen Spendensammlungen, Initiativen angeschoben werden.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 10.000,00 € für die Errichtung eines Spielplatzes am Standort Bürgerpark im Rahmen der Stadtsanierung zu (Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 09110000 - Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Maßnahmenummer 511001M00002 - Städtebaulicher Denkmalschutz/Stadtsanierung).

Die Deckung erfolgt aus Spenden (Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 23910000 - Sonstige Sonderposten, Maßnahmenummer 511001M00002 - Städtebaulicher Denkmalschutz/Stadtsanierung).

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-15/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

21:02 Uhr
Herr Schröder geht = 22

7.7 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlegung von Beiträgen der Unterhaltungsverbände "Helme" und "Wipper-Weida"

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Beitragssätze in § 7 Absatz 1 Satz 2 wie folgt:

"Für das Kalenderjahr 2016 beträgt die Höhe des Flächenbeitragssatzes für das Verbandsgebiet des Unterhaltungsverbandes:

* "Helme"	:	8,523694 €/ha
* "Wipper-Weida"	:	7,210000 €/ha

und die Höhe des Erschwernisbeitrages des Unterhaltungsverbandes:

* "Helme"	:	1,026750 €/Einwohner
* "Wipper-Weida"	:	1,120000 €/Einwohner."

Die Umlagesatzung 2016 befindet sich mit ihrem gesamten Text im Anhang und ist so nach Beschlussfassung zu veröffentlichen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 21
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-15/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

8. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

8.1 Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Sangerhausen

Herr Poschmann informiert, dass das sehr umfangreiche Klimaschutzkonzept im Ratsinformationssystem abrufbar ist. Wer möchte, kann es im Ratsbüro abfordern. Das Konzept wird Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes sein. Im Moment wird in der Verwaltung eine Konzeptdatenbank erstellt, die in absehbarer Zeit online geschaltet wird.

Um 21:15 Uhr beendet der 1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Kemesies die Sitzung. Er erinnert an die Sonderratssitzung, die am 21.12.2015 um 18:30 Uhr im Neuen Rathaus/ Beratungsraum Baunatal stattfindet.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Arndt Kemesies
1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates